

15. Vergabeausschuss (aktuelle Regelung)

Der Vergabeausschuss ist zuständig für das Vergabeverfahren, die fachliche Beratung der Vergaben erfolgt im jeweiligen Fachausschuss (Ausnahme unter Ziffer 5.0 / 5.12).

15.1 Aufhebung von Ausschreibungen bei Aufträgen über 20.000 € netto

15.2 Firmenbenennung bei Aufträgen über 20.000 € [entfällt]

15.3 Freihändige Vergabe von Aufträgen über 20.000 € netto

15.4 Bei beschränkter / öffentlicher Ausschreibung:

Vergabe aller Aufträge über 150.000 € netto

15.5 Der Vergabeausschuss entscheidet darüber hinaus

a) bei allen Vergaben über 20.000 € netto in folgenden Fällen:

- wenn Angebote berücksichtigt werden sollen, bei denen Zweifel bestehen, ob die ausgeschriebenen Leistungen zu den angebotenen Preisen ausgeführt werden können
- wenn ein Bieter ausgeschlossen werden soll [entfällt]
- wenn die Angebotssumme um mehr als 20 % von den geschätzten Baukosten nach oben abweicht

b) bei Auftragserweiterungen und Auftragsüberschreitungen, wenn Aufträge um mehr als 5 % erweitert bzw. überschritten werden sollen, sofern die Erweiterung bzw. Überschreitung höher als 10.000 € netto liegt (Bagatellgrenze).

15. Vergabeausschuss (Vorschlag für Neuregelung)

Der Vergabeausschuss ist zuständig für das Vergabeverfahren, die fachliche Beratung der Vergaben erfolgt im jeweiligen Fachausschuss (Ausnahme unter Ziffer 5.0 / 5.12).

15.1 Vergabe von Aufträgen über Leistungen, Lieferungen und Konzessionen ab einer Auftragssumme von

a) 300.000 € netto bei Bauleistungen

b) 100.000 € netto bei Liefer- und Dienstleistungen und

c) 75.000 € netto bei Planungsleistungen, Gutachten und sonstigen freiberuflichen Tätigkeiten

15.2 Aufhebung von Ausschreibungen für Aufträge nach Ziffer 15.1, wenn über die Aufhebung ein Dissens zwischen dem Rechnungsprüfungsamt und der auftraggebenden Stelle besteht

15.3 Der Vergabeausschuss entscheidet darüber hinaus bei Verträgen nach Ziffer 15.1 b) und c) über wesentliche Vertragsänderungen nach Auftragserteilung, die sich auf eine Erhöhung des Auftragswertes beziehen und über vertraglich vereinbarte Optionen hinausgehen.

Als wesentlich gelten Veränderungen, die die in den einschlägigen Vergabeordnungen geregelten „De-minimis-Grenzen“ (Geringfügigkeitsgrenzen), bei denen kein neues Vergabeverfahren erforderlich ist, überschreiten.

Für Bauleistungen wird auf Ziffer 3.3 verwiesen.



Ergänzung der Zuständigkeit des Bauausschusses nach 3.2 wie folgt:

3.3 Der Bauausschuss entscheidet ferner über wesentliche Änderungen von Aufträgen über Bauleistungen nach Auftragserteilung.
Wesentlich sind – bezogen auf die Gesamtbaukosten –

- a) Kostensteigerungen um mehr als 25 % bei Maßnahmen mit Gesamtbaukosten von 150.000 € bis 1.000.000 € netto
- b) Kostensteigerungen um mehr als 10 % bei Maßnahmen mit Gesamtbaukosten von mehr als 1.000.000 € netto.

Zusätzlicher Ratsbeschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, bei Baumaßnahmen mit Gesamtbaukosten von mehr als 1.000.000 € netto halbjährlich im Bauausschuss über den Leistungsstand und die prognostizierte Gesamtkostenentwicklung der Baumaßnahme zum Fertigstellungstermin zu berichten.